

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt bei 4 Gegenstimmen und 2 Stimmenthaltungen mit Stimmenmehrheit die nachfolgende Resolution.

Resolution

der Fraktionen von CDU, SPD, BIZ, FDP, AfD und Rm Veidt „Für eine lebensnahe Flüchtlingspolitik in der Stadt Koblenz“

Die Flüchtlingszahlen sind in den vergangenen Jahren merklich gestiegen. Die Zahl der hilfesuchenden Menschen in Rheinland-Pfalz hat sich 2014 gegenüber dem Jahr 2013 praktisch verdoppelt. Gegenüber 5.000 Asylbewerbern 2013 wurden im vergangenen Jahr bereits fast 10.000 Menschen registriert. Für 2015 werden sogar 15.000 Menschen erwartet. Grund hierfür sind vor allem die vielfältigen Krisenherde in der direkten Nachbarschaft zu Europa. Libyen steht an der Schwelle zu einem Bürgerkrieg und verliert zunehmend die staatliche Souveränität, Syrien versinkt seit Jahren in einen blutigen Bürgerkrieg, im Irak tobt ein Machtkampf, um die Vorherrschaft im Staat. Hinzu tritt seit einigen Monaten das grausame Wüten des Islamischen Staates, dem vor allem religiöse Minderheiten wie die orientalischen Christen und Jesiden, sowie gemäßigte Muslime zum Opfer fallen.

Gerade in Deutschland stellen wir uns auf allen staatlichen Ebenen der sich daraus ergebenden Verantwortung zur Hilfeleistung. Allerdings ist darauf hinzuwirken, dass auch in der gesamten EU diese Verantwortung zur Hilfeleistung als Gesamtaufgabe der europäischen Gemeinschaft gesehen wird und sich die einzelnen Nationalstaaten entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit an den sich daraus ergebenden Lasten beteiligen.

Die Bevölkerung in Deutschland zeigt in vielfältiger Form, dass sie die staatlichen Hilfeleistungen durch privates Engagement nachhaltig unterstützt. Um diese gesamtgesellschaftliche Hilfskultur nicht zu gefährden, muss der Eindruck erhalten bleiben, dass es einigermaßen gerecht auf allen Ebenen zugeht. Deshalb muss alles unterbleiben, was in der Bevölkerung als tatsächliche oder vermeintliche Überforderung gesehen wird. Nur so ist letztlich gewährleistet, dass die Bereitschaft, den wirklich Hilfebedürftigen alle mögliche Hilfe weiterhin zukommen zu lassen, erhalten bleibt. Dazu gehört die Erkenntnis, dass der mühsam gefundene Asylkompromiss vom Herbst letzten Jahres konsequent umgesetzt und nicht unterlaufen wird.

Auch bei uns in der Stadt Koblenz steigt die Zahl der Asylbewerber und Flüchtlinge, die wir betreuen und denen wir helfen müssen. Alleine in diesem Jahr erwarten wir über 400 Flüchtlinge, deren Zahl sich aber voraussichtlich nach oben hin verändern wird.

Durch diese lebensbedrohlichen Konflikte stellt sich die Situation anders dar als zu Beginn der neunziger Jahre. Die meisten Flüchtlinge zeigen eine große Bereitschaft zur dauerhaften Integration. Denn aufgrund der Struktur der Konflikte muss allen klar sein, dass die Aufnahme der berechtigt Asylsuchenden nicht vorübergehend sein wird. Die Stadt Koblenz hat u. a. die Aufgabe, diesen Menschen die Orientierung in ihrer neuen Heimat zu erleichtern.

Wir vermissen hierzu ein koordiniertes und nachhaltiges Vorgehen der Bundes- und Landesregierung. Durch ihre Konzentration vornehmlich auf die Unterbringungsfrage in

Erstaufnahmeeinrichtungen werden den Kommunen nahezu alleine die Folgeanstrengungen überlassen.

Der Rat der Stadt Koblenz fordert deshalb die Bundes- und die Landesregierung auf,

1. die Zahl der Erstaufnahmeeinrichtungen für Asylsuchende (AfA) deutlich zu erhöhen, um den Druck, die Flüchtlinge schnell und unvorbereitet in die Kommunen zu verteilen, zu senken,
2. die Verweildauer in der jeweiligen AfA zu verlängern, damit in dieser Zeit die Flüchtlinge besser auf ihren neuen Wohnsitz vorbereitet werden können und auch die Kommunen durch die längere Vorlaufzeit zwischen der Meldung und der konkreten Zuweisung von Flüchtlingen in die Lage zu versetzen, die Menschen vor Ort besser und personenbezogen zielgenauer betreuen zu können,
3. die Krankenversorgung der Flüchtlinge einheitlich und zufriedenstellend mit einer Gesundheitskarte zu regeln,
4. dafür Sorge zu tragen, dass die betroffenen Flüchtlinge bereits erste Sprachkurse erhalten und die berufliche Qualifikation erfragt wird. Hier liegen große Potentiale der vorbereitenden Integration, die bislang kaum genutzt werden,
5. ein einheitliches Kommunikationssystem in der AfA zu etablieren, durch das alle Informationen zwischen der zentralen Aufnahmestelle und der aufnehmenden Kommunen verlässlich gesichert sind und auch bei wechselnden Ansprechpartnern verlässlich ausgetauscht werden können,
6. dafür Sorge zu tragen, dass Asylsuchende aus sicheren Herkunftsländern von vornherein nicht auf die Kommunen verteilt, sondern in der AfA verbleiben, bis ihre Rückkehr in ihre Heimat geklärt ist,
7. konsequent dafür Sorge zu tragen, dass abgelehnte Asylbewerber schnell abgeschoben werden und die Rückkehr freiwillig ausgereister Asylsuchender gestoppt wird,
8. anzustreben, dass die Verteilung von Flüchtlingen insbesondere in Ballungsgebieten, in denen der Wohnraum an sich schon knapp und teuer ist, minimiert wird und sich stattdessen verstärkt um Unterbringungsmöglichkeiten in Bereichen, in denen der Druck auf den Wohnungsmarkt nicht so stark ist, bemüht wird,
9. die Pauschale zur Betreuung der Flüchtlinge in Höhe von 513 Euro den wirklichen Betreuungskosten anzupassen,
10. die vom Bund in den kommenden Jahren in Aussicht gestellte zusätzliche Förderung und Entlastung der Kommunen u. a. auf dem sozialen Sektor unverzüglich und in vollem Umfang an die Kommunen weiterzugeben,
11. die in jeder Hinsicht notwendige Sprachförderung gesondert und in vollem Umfang (Personal- und Sachkosten) finanziell zu übernehmen,

12. dafür Sorge zu tragen, dass ausreichend Personal bei den zuständigen Stellen des Bundes zur Bearbeitung der Asylanträge bereitgestellt wird, damit die Dreimonatsfrist gewahrt werden kann.